

ORGAN: Generalversammlung

THEMA: UMSETZUNG DER RESPONSIBILITY TO PROTECT

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

geleitet von Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 1 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen, der die Wahrung der internationalen Sicherheit, sowie internationale Zusammenarbeit im Rahmen weltweiter Interventionen bei Menschenrechtsverletzungen vorsieht, und von Artikel 13, der der Generalversammlung die Kompetenz zuweist, allgemeine Empfehlungen zu geben und Entscheidungen zu treffen,

hoffend, dass Missverständnisse bei der Auslegung der Responsibility to Protect und der Menschenrechte künftig vermieden werden,

feststellend, dass zur Durchführung der Responsibility to Protect finanzielle, technische, strukturelle und humanitäre Mittel notwendig sind, die vor allem von betroffenen Entwicklungsländern nicht immer selbst aufgebracht werden können,

erkennend, dass alle Länder für die Wahrung der Menschenrechte verantwortlich sein sollten und eine Menschenrechtsverletzung nicht allein ein national zu bekämpfendes Problem ist,

in Erinnerung daran, dass Frieden sowie die Wahrung der Menschenrechte, und internationale sowie regionale Sicherheit eng zusammenhängen,

mit tiefer Sorge zur Kenntnis nehmend, dass in der Vergangenheit oftmals bei der Bewertung der aktuellen Lage eines Staates politische Interessen vor den Schutz der Bevölkerung gestellt wurden,

in Anerkennung der bisherigen Arbeit des Sicherheitsrats,

weiterhin *in Anerkennung* der Arbeit der International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS),

mit dem Ausdruck der Wertschätzung für die Arbeit der für den Menschenrechtsschutz eintretenden NGOs,

erinnernd an die bisherigen Bemühungen der UN-Friedensmissionen,

betonend, dass Maßnahmen zur Umsetzung der Responsibility to Rebuild in Anknüpfung an die Auswirkungen der Responsibility to Protect unerlässlich sind, um das friedliche Zusammenleben der Völker weiterhin zu sichern,

weiterhin *betonend*, dass eine Weiterentwicklung bzw. Veränderung der Responsibility to Protect für die zukünftige Wahrung des Weltfriedens unverzichtbar ist,

fest entschlossen, dem Völkermord und ethnischer Säuberung sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch stärker als bisher gemeinsam entgegenzutreten,

1.*betont* die große Bedeutung der Responsibility to Prevent;

2.*bekräftigt*, die Souveränität eines jeden Staates grundsätzlich zu wahren, es sei denn es liegt ein bestätigter Verstoß gegen die Menschenrechte innerhalb des besagten Landes oder ein Hilfesuch der jeweiligen Regierung vor;

3.*fordert* die engagierte und ausdauernde Bekämpfung von Korruption als effektive konkrete Maßnahme zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen und unsouveränen Regierungen;

4. *ruft* alle Staaten und Organisationen *auf*, betroffene Staaten, die willens, aber nicht fähig sind, Menschenrechtsverletzungen nach dem Ergebnisdokument des Weltgipfels zu verhindern, mit allen geforderten und gebotenen Mitteln zu unterstützen;

5.*ermutigt* die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zu effektiver Kooperation und gegenseitiger Unterstützung im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und ihren Folgen;

6.*empfiehlt* der Staatengemeinschaft, den Internationalen Strafgerichtshof in Form einer Ratifizierung anzuerkennen;

7.*bekräftigt* den Willen der Vereinten Nationen, die Menschenrechte international durchzusetzen;

8.*hebt hervor*, dass die Responsibility to Protect auf keinen Fall aufgrund wirtschaftlicher oder politischer Interessen mißbraucht oder vernachlässigt werden darf;

9.*entschließt sich*, die Responsibility to React nur auf die Tatbestände Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberung anzuwenden;

10.*schlägt* die Einrichtung eines Responsibility-to-Protect-Kompensationsfonds *vor*,

a) der durch Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten finanziert wird,

b) dessen Mittel individuell nach Bedarf für die Zwecke aller Säulen der Responsibility to Protect durch die Vereinten Nationen eingesetzt werden können,

c) über dessen Einsatz der Hauptausschuss 5 der Generalversammlung der Vereinten Nationen entscheidet;

11.*empfiehlt* den Staaten mit Vetorecht im Sicherheitsrat ihr Veto in Fällen der Schutzverantwortung im Interesse der betroffenen Bevölkerungsteile in voller Bewusstwerdung ihrer besonderen Verantwortung gegenüber der Weltbevölkerung zu gebrauchen;

12.*bittet*, wirtschaftlich starke Staaten nicht zahlungsfähige Nationen bei der Zahlung des Beitrages für den Responsibility to Protect Kompensationsfonds zu unterstützen;

13.*befürwortet* die Entsendung unabhängiger Experten in Krisengebiete, um die Lage abzuwägen und gegebenenfalls eine Intervention der Vereinten Nationen zu empfehlen;

14.*legt* den Staaten, in denen die Vereinten Nationen mit der Schutzverantwortung eingegriffen haben, *nahe*, den Vereinten Nationen regelmäßig einen Bericht über die Entwicklung der Situation vorzulegen, welcher von einer unabhängigen Kommission überprüft wird;

15.*beschließt* diese Kommission der UN-Generalversammlung nach Artikel 22 der UN-Charta als Nebenorgan einzusetzen und United Nations Humanitarian Intervention Controlling Commission (UNHICC) zu nennen;

16.*beschließt* weiter, dass diese Kommission eine beratende Funktion für die UN-Generalversammlung hat und dieser jedes Jahr einen Bericht über ihre Arbeit vorlegt;

17.*beschließt* außerdem, dass der Kommission

1.international anerkannte Völkerrechtswissenschaftler, Militärwissenschaftler und Menschenrechtsexperten,

2.NGOs die sich mit den Menschenrechten und deren Umsetzung beschäftigen
angehören;

18.*betont* die Wichtigkeit einer noch tieferen Vernetzung aller Wissenschaftler, die sich mit Krieg und Menschenrechtsverletzungen befassen, mit den Vereinten Nationen;

19.*ruft dazu auf*, bei aktiven Menschenrechtsverletzungen in einem Staat, nach gründlicher Abwägung der Sachlage, auf internationale Kooperation der Vereinten Nationen mit regionalen Organisationen zu setzen;

20.*beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.